

Politik

K R A N K E N K A S S E N

„Wir konnten keinerlei Leistungsverbesserungen erzielen“

Die Ärzte haben Honorarsteigerungen in Rekordhöhe durchsetzen können, weil der Schlichter ihnen beisprang. Johann-Magnus von Stackelberg, Verhandlungsführer der unterlegenen gesetzlichen Krankenkassen, erklärt, warum sich das nicht wiederholen darf.

Herr von Stackelberg, wie viel „Selbst“ ist noch in der gemeinsamen Selbstverwaltung der Ärzte und der Krankenkassen, wenn am Ende von Honorarverhandlungen das Ergebnis steht, das die Politik in den Monaten zuvor vorgegeben hat?

Das ist tatsächlich ein Problem. Die Selbstverwaltung ist durch die Eingriffe der Politik in diesem Bereich sehr vorgeprägt worden. Das kann und darf nur das einzige Mal passiert sein. Es geht hier um eine einmalige Steigerung des Ärztehonorars in Rekordhöhe. Es bedrückt mich sehr, dass wir bei der Höhe von mindestens 2,5 Milliarden Euro für die Versicherten keinerlei Leistungsverbesserung erzielen konnten. Im Kern geht es nur um eine Vergütungsumstellung auf bundeseinheitliche Preise.

Sie werden nun jährlich über die Anpassung der Honorare verhandeln müssen. Ist das mit diesem Abstimmungsmodell noch möglich?

Ja, das geht durchaus. Weil der Schlichter neutral entscheidet. Die Verhandlungen sind in diesem einen Fall sehr von der Politik beeinflusst worden. Ich gehe davon aus, dass das ein Sonderfall bleibt.

Warum haben Sie die Verhandlungen nicht platzen lassen?

Gute Frage. Wir halten uns erstmal im Gegensatz zu den Ärzten an die demokratisch festgesetzten Regeln. Dieses Gremium hatte die Aufgabe, eine Abstimmung durchzuführen. Die Ärzte wollten hinauslaufen, als es ihnen nicht passte, und sind dringeblichen, als es ihnen passte. Wir halten uns daran, dass wir die parlamentarisch festgesetzten Regeln akzeptieren.

Der neue GKV-Spitzenverband der Krankenkassen hatte damit geworben, dass er die Interessen der Versicherten vertrete. Welche Folgen hat das Ergebnis nun für diese?

Die Folge ist eine Beitragssatzsteigerung um 0,25 Prozentpunkte. Wir zählen darauf, dass die Politik die Zusage einhält, diese Steigerung bei der Festlegung des einheitlichen Beitragssatzes für 2009 zu berücksichtigen, und sehen mit Sorgen weitere Forderungen von Krankenhäusern und Arzneimittelherstellern auf uns zu kommen.

Von Gesundheitsministerin Ulla Schmidt heißt es, sie habe mit der Gründung eines einzigen Spitzenverbands das Ziel verfolgt, die Kassen am Gängelband zu führen. Hat sie es erreicht?

Nein, das kann man überhaupt nicht sagen. Es war einfach eine Vorprägung des Ergebnisses durch politische Zusagen, die hier selbst

in die Verhandlungen hineingetragen wurden. Das prägt derartige Verhandlungen, das ist nicht erträglich. Die eindringliche Forderung ist, die Selbstverwaltung das Geschäft alleine machen zu lassen.

Was ist positiv an dem Ergebnis?

Positiv ist, dass die Ärzte jetzt nicht streiken werden und dass die Versorgung der Versicherten weiterhin gewährleistet ist. Wir freuen uns auch, dass die Vorsorgeleistungen weiterhin von den Ärzten zu den jetzigen Vergütungen durchgeführt werden können. Das Negative überwiegt aber in hohem Maße.

Wird das Ergebnis etwas zur Verbesserung der Arztsituation in Ostdeutschland beitragen können?

Ja. Es sind auf technischem Wege Maßnahmen getroffen worden, die gesetzdehnend, aber nicht gesetzwidrig sind und die den Ärzten im Osten mehr Geld bringen. Auch die Hausärzte im gesamten Bundesgebiet werden besser gestellt. Das ist von uns auch mitgetragen worden.

Gespräch: Daniel Baumann.



Johann-Magnus von Stackelberg,
Verhandlungsführer
der GKV